



Der Bezirksbürgermeister

Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)

Geschäftsführung
Frau Brohl

Telefon: (0221) 221-91709

E-Mail: Andrea.brohl@stadt-koeln.de

Datum: 20.07.2023

Niederschrift

über die **20. Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 25.05.2023, 16:02 Uhr bis 20:55 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Herr Bezirksbürgermeister Andreas Hupke	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Günter Leitner	CDU
Herr Alicem Polat	SPD
Herr Elmar Spilles	CDU
Herr Ismail Arabaci	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Stefan Fischer	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dr. Martin Herndorf	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Mildred Utku	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Klaus Vinçon	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Tim Cremer	SPD
Frau Dr. Regina Börschel	SPD
Herr Mario Schmitz	CDU
Herr Michael Scheffer	DIE LINKE.
Frau Gunda Wienke	DIE LINKE.
Herr Christian Nüsser	FDP
Frau Dr. Verena Holzer-Henke	Klima Freunde
Frau Sabine Kader	Die PARTEI

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Herr Florian Weber CDU

Verwaltung

Herr Dr. Ulrich Höver

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Frau Maria Flöge-Becker

Schriftführerin

Frau Andrea Brohl

Gäste

Frau Ute Palm

auf Vorschlag Arbeitskreises Barrierefreies Köln

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Frau Antje Kosubek	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Julie Cazier	Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Herr Ulrich Breite	FDP
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Maria Helmig	SPD
Herr Manuel Jeschka	Volt
Frau Derya Karadag	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Herr Lukas Lorenz	SPD
Herr Dr. David Lutz	GRÜNE
Herr Dirk Michel	CDU
Herr Floris Rudolph	GRÜNE
Frau Stefanie Ruffen	FDP
Frau Sandra Schneeloch	GRÜNE
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE
Herr Ralph Sterck	FDP
Herr Artur Tybussek	CDU

Herr Bezirksbürgermeister Hupke gedenkt vor Beginn der Sitzung des verstorbenen Vorsitzenden der Interessengemeinschaft Neustadt-Nord / Villen-Viertel e.V., Herrn Reinald Korte. Er war im Stadtbezirk Innenstadt in vielen Bereichen sehr aktiv und wird eine große Lücke hinterlassen.

Er eröffnet die Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt, begrüßt alle Anwesenden und gratuliert den Bezirksvertretungsmitgliedern Frau Dr. Holzer-Henke, Herrn Arabaci und Herrn Fischer, die seit der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Geburtstag hatten.

Herr Emanuel Florakis, der sein Mandat in der Bezirksvertretung Innenstadt mit Ablauf des 22.03.2023 niedergelegt hatte, dankt Herr Bezirksbürgermeister Hupke für seine konstruktive Arbeit in der Bezirksvertretung Innenstadt. Seine Leichtigkeit, Tief Sinnigkeit, Fairness und Freude am Menschen, am Leben sowie der Materie, habe ihn sehr beeindruckt.

Herr Florakis dankt der Bezirksvertretung für die Erfahrung echte Demokratie zu erleben. Die konstruktive Arbeit der Bezirksvertretung sei bemerkenswert, insbesondere auch bei den Ortsterminen, die jedes Mitglied der Bezirksvertretung anregen könne. Dies bittet er zu bewahren. Er wünscht der Bezirksvertretung noch viel Erfolg und Kraft für ihre Arbeit.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke stellt den fristgerechten Zugang der Einladung zur Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt fest, die aktualisierte Tagesordnung liegt den Mitglieder der Bezirksvertretung vor und ist im Ratsinformationssystem einsehbar.

Herr Vinçon, B90/Die Grünen, entschuldigt Frau Cazier und Frau Kosubek für die heutige Sitzung. Er bittet in die Tagesordnung das Vorlesen des offenen Briefes einer Initiative aus Deutz aufzunehmen, wie dies die Initiative wünscht.

Herr Schmitz, CDU, bittet im Gegenzug auch den Brief der Initiative Deutz vorzulesen.

Herr Nüsser, FDP, erklärt, dass die Mitglieder der Bezirksvertretung die Briefe erhalten haben und die Gelegenheit hatten, sich diese durchzulesen. Es sei daher nicht notwendig, die Briefe nochmals vorzulesen.

Herr Cremer, SPD, stimmt den Ausführungen von Herrn Nüsser zu.

Herr Polat, SPD, bittet TOP 5.2.10 vorzuziehen und einem Vertreter der IG Lindenstraße Rederecht einzuräumen.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke lässt über das Rederecht von Bürger*innen zu einzelnen Tagesordnungspunkten abstimmen.

Einstimmig zugestimmt.

Herr Cremer, SPD, meldet Klärungsbedarf für TOP 3.15 an und bittet zunächst die Ratsgremien zu beraten und dann einen Beschluss in der Bezirksvertretung Innenstadt zu fassen, vor dem geplanten abschließenden Beschluss des Rates am 07.09.2023.

Herr Fischer, B90/Die Grünen, entgegnet, dass dieses Projekt seit langem diskutiert werde und 2024 in Kraft treten soll, daher sehe man keinen Grund für eine Vertagung.

Frau Wienke, Die Linke, spricht sich ebenfalls für eine heutige Beratung aus.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke lässt über eine Vertagung von TOP 3.15 abstimmen:

Mit Stimmenmehrheit von B90/Die Grünen, Die Linke und KlimaFreunde gegen die SPD bei Enthaltung von CDU, FDP und Die Partei **abgelehnt**.

Er lässt sodann über die so geänderte Tagesordnung abstimmen.

Einstimmig zugestimmt.

Herr Leitner, CDU, bittet im nichtöffentlichen Teil über die bezirksorientierten Mittel zu sprechen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Verabschiedung Herr Emanuel Florakis, KlimaFreunde

- 1 Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema**
- 2 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen**
- 3 Verwaltungsvorlagen**
- 3.1 Aufwertung Neumarkt - Arbeitspaket 1 „Mobilität“
Baubeschluss für die attraktivere Verbindung der Platzinnenfläche sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanzstelle 6601-1201-0-1002, Platzgestaltung (Öffentl. Platzflächen).
1011/2023
vertagt in der Sitzung der BV 1 am 25.04.2023

- 3.2 Genehmigung Dringlichkeitsentscheidung - Finanzierung der Umsetzung eines Kunst- und Kulturprogramms auf dem Neumarkt als Teilprojekt der gesamtstädtischen Initiative zur Aufwertung des Neumarkt-Areals
1232/2023/1
- 3.3 Neubewertung des Projektes am Waidmarkt - Einstellung der Planungen für einen unterirdischen Kulturort (K3) und Perspektiven der weiteren städtebaulichen und kulturellen Entwicklung.
1357/2023
- 3.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 67453/23 Arbeitstitel: "Westlich Unter Goldschmied (Laurenz-Carré)" in Köln-Altstadt/Nord
0502/2023
- 3.5 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen:
hier Kaiser-Wilhelm Ring

Arbeitstitel: Werbesatzung D der Kölner Ringstraßen - Kaiser-Wilhelm Ring
1086/2023
- 3.6 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen:
hier Hohenzollernring
Arbeitstitel: Werbesatzung E der Kölner Ringstraßen - Hohenzollernring
1087/2023
- 3.7 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen:
hier Friesenplatz
Arbeitstitel: Werbesatzung F der Kölner Ringstraßen - Friesenplatz
1088/2023
- 3.8 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen:
hier Rudolfplatz
Arbeitstitel: Werbesatzung G der Kölner Ringstraßen - Rudolfplatz
1089/2023
- 3.9 Vergabe Stadtklima- und Stadtverschönerungsmittel 2023 im Stadtbezirk Innenstadt
1018/2023

- 3.9.1 Änderungsantrag: Stadtklima- und Stadtverschönerungsmittel, gem. Änderungsantrag KlimaFreunde, SPD, Die Linke und Die Partei
AN/1134/2023
- 3.10 288. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1225/2023
- 3.11 Rheinufer Trankgassenwerft - Sperrung zwischen Bastei und Zoobrücke
1287/2023
- 3.12 Ergänzung der Richtlinien des Rates für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen hinsichtlich der Benennung nach Frauen
1203/2023
- 3.13 Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln (LIS-Köln): Standortkonzept Innenstadt (1. Zyklus)
1293/2023
- 3.14 Korrektur Ratsbeschluss 1141/2016 - Rücknahme der Zügigkeitserweiterung für die Königin-Luisen-Schule, Gymnasium Alte Wallgasse 10, 50672 Köln
0775/2023
- 3.15 Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze mit Bewohnerparkprivilegien im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Stadt Köln (Bewohnerparkgebührenordnung)
0427/2023
- 3.16 Entwurf der Fortschreibung des Straßenreinigungsverzeichnisses zur Straßenreinigungssatzung, hier: Ausübung des Anhörungsrechtes gemäß § 19 (4) der Hauptsatzung
1154/2023
- 3.17 Errichtung eines "Offenen Bücherschranks
1044/2023
- 3.18 Erweiterung Tempo-30-Zone Unter Krahenbäumen
1524/2023
- 3.19 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 2. Halbjahr 2023
1356/2023

- 3.20 Sammelbeschluss zu den Satzungen über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen

hier:

Teil A Theodor-Heuss Ring,
Teil B1 Ebertplatz,
Teil B2 Eigelstein,
Teil C Hansaring
1540/2023

- 3.21 Bedarfsfeststellungs- und Baubeschluss für die Instandsetzung der Parkpalette Jakobstraße/Josephstraße
3038/2022

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)

- 5.1 Anträge aus früheren Sitzungen

- 5.1.1 Neues Konzept für den öffentlichen Raum und eine resiliente Stadt in der Altstadt Nord, gem. Antrag Grüne, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei
AN/2063/2022
Termin Fachgespräch steht noch aus

- 5.2 Anträge zu dieser Sitzung

- 5.2.1 Anzahl Happy Toilet erhöhen, Antrag Grüne
AN/0850/2023

- 5.2.2 Behindertenparkplatz vor der Alten Feuerwache, Antrag Die Linke
AN/0843/2023

- 5.2.3 Ablehnung der Nutzung des Rheinparks als Fan Zone zur EM 2024, gem. Antrag Grüne, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei
AN/0856/2023

- 5.2.4 Renovierung Bänke Lichhof, Antrag Grüne
AN/0851/2023

- 5.2.5 Abstellzone für E-Roller auf dem Auenweg, Antrag Die Linke
AN/0867/2023

- 5.2.6 Zulassung einer Vertretung einer betroffenen Bevölkerungsgruppe gemäß § 58 Abs. 3 Gemeindeordnung NRW – Jugendvertreter*innen in der Bezirksvertretung Innenstadt, gem. Antrag Grüne, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei
AN/0858/2023
- 5.2.7 Austausch der Toilette am Ytzak Rabin Platz, Antrag Grüne
AN/0852/2023
- 5.2.8 Autofreies Portal vor der Evangelischen Trinitatiskirche, gem. Antrag Grüne, CDU, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei
AN/0864/2023
- 5.2.9 Der eine Millionste Gastarbeiter erreicht Deutz, Antrag Grüne
AN/0853/2023
- 5.2.10 Planungsvorgaben Linden- und Lützowstraße, gem. Antrag Grüne, SPD, KlimaFreunde und Die Partei
AN/0865/2023
- 5.2.11 Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag zur Mitteilung 1582/2023 "Weiteres Vorgehen Verkehrsversuch Deutzer Freiheit"
AN/1144/2023

6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter

- 6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen
 - 6.1.1 Sachstand Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Südstadt: Eburonenstraße / Maternusstraße, Anfrage Grüne
AN/1836/2022
 - 6.1.1.1 Sachstand Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Südstadt: Eburonenstraße Maternusstraße
Hier: Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen in der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt am 27.10.2022, TOP 6.2.3
1367/2023
 - 6.1.2 Regeln für Gehwegbreiten, gem. Anfrage Die Linke und KlimaFreund
AN/1967/2022
 - 6.1.2.1 Regeln für Gehwegbreiten
hier: Anfrage Die Linke und KlimaFreunde in der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt am 01.12.2022, TOP 6.2.1
0884/2023
 - 6.1.3 Ersatzfreiheitsstrafen aufgrund des Fahrens ohne Fahrscheins, Anfrage Grüne
AN/2205/2022

- 6.1.3.1 Anfrage der Grüne Fraktion BV1, der Fraktion die Linke, Klimafreunde und die Partei für die BV Innenstadt betreffend "Ersatzfreiheitsstrafen aufgrund des Fahrens ohne Fahrscheins" AN/2205/2022
1701/2023
- 6.1.4 Veedelsblöcke für Köln - Stand der Planungen, Anfrage Grüne
AN/0153/2023
- 6.1.5 Tempo 30 wegen Lärm – Sachstand im Bezirk Innenstadt, Anfrage B90/Die Grünen
AN/0244/2023
- 6.1.6 Evaluation der Kosten Karneval / Rund um die Zülpicher Straße / Innerer Grüngürtel
AN/0425/2023
- 6.1.7 Anfrage Verkehrsmaßnahmen Belgisches Viertel, Anfrage B90/Die Grünen
AN/0637/2023
- 6.1.8 Neue Stadtmöbel auf der Deutzer Freiheit, Anfrage CDU
AN/0663/2023
- 6.2 Anfragen zu dieser Sitzung
- 6.2.1 Sachstand Verkehrsberuhigung und Begrünung Kaesenstraße (Antrag AN/0643/2021 aus 2021), Anfrage B90/Die Grünen
AN/0814/2023
- 7 Mündliche Fragen an die Verwaltung**
- 8 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters**
- 9 Mitteilungen der Verwaltung**
- 9.1 Projektfortschritt NEUmarkt – Maßnahmen zur Aufwertung des Neumarkts
1111/2023
- 9.2 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - Umwandlung der Fleischmengergasse in eine Fahrradstraße, Az.: 216/22 B
1488/2023
- 9.3 Vereinbarung über ein Pilotprojekt zur Reinigung schadstoffbelasteter Luft in Städten
0035/2023/1
- 9.4 Sachstandsmitteilung zu den von der Bezirksvertretung Innenstadt priorisierten Straßenbaumaßnahmen
1468/2023

- 9.5 Mitteilung zur Bürgereingabe "Shared Space-Fläche Rudolfplatz", AZ.: 176/22 0658/2023
- 9.6 Werkstattverfahren Neubau Büro- und Geschäftshaus Heumarkt 55/ Ecke Gürzenichstraße, Köln Innenstadt 1185/2023
- 9.7 Sachstandsbericht 1777/2023
- 9.8 Weiteres Vorgehen Verkehrsversuch Deutzer Freiheit 1582/2023

10 Bericht aus den Veedelsbeiräten

II. Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

2 Verwaltungsvorlagen

- 2.1 Öffentliche Ausschreibung der Weihnachtsmärkte auf dem Neumarkt und auf dem Alter Markt/Heumarkt (inklusive Eisbahn) im Zeitraum 2024 bis 2028 1109/2023

3 Anfragen zu dieser Sitzung

- 3.1 Bauprojekt Gilbachstraße/Gladbacher Straße, Anfrage Die Linke AN/0844/2023

4 Mitteilungen der Verwaltung

5 Bericht aus den Beiräten

- 5.1 Bericht aus dem Gestaltungsbeirat
- 5.2 Bericht aus dem Kunstbeirat

6 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

Verabschiedung Herr Emanuel Florakis, KlimaFreunde

1 Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema

2 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt benennt Frau Dr. Holzer-Henke, Frau Dr. Börschel und Herrn Arabaci als Stimmzähler.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Verwaltungsvorlagen

3.1 Aufwertung Neumarkt - Arbeitspaket 1 „Mobilität“ Baubeschluss für die attraktivere Verbindung der Platzinnenfläche sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanz- stelle 6601-1201-0-1002, Platzgestaltung (Öffentl. Platzflächen). 1011/2023

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, begrüßt die geplanten Maßnahmen, um eine bessere Durchwegung für den Neumarkt und eine bessere Zugängigkeit für den Fußverkehr zu schaffen. Räume würden davon profitieren, wenn es nicht von den Laufwegen abgeschnittene Inseln seien, sondern mit Laufwegen gut versorgte Orte, wo ein Miteinander und eine andere Belebung stattfinden. Er schlägt folgenden Ergänzungsantrag vor:

- a) Die Ergebnisse des Ortstermins sind zu berücksichtigen.
- b) Die Maßnahmen, insbesondere die LSA-Ausgestaltung, sind so zu gestalten, dass eine Spurumwidmung gemäß Radachsenbeschluss zeitnah umgesetzt werden kann, sobald eine Gefährdung der Förderfähigkeit ausgeschlossen werden kann.
- c) Die Radwegbenutzungspflicht ist grundsätzlich aufzuheben. Es sollen vorgezogene Haltebuchten für den Radverkehr angelegt werden.

Zur Bürgereingabe führt Herr Dr. Herrndorf aus, dass laut Argumentation der Fachverwaltung die Förderfähigkeit für beide Varianten nach heutigem Stand und bestem Wissen und Gewissen gefährdet sei und schlägt vor, wie unter Buchstabe b und c) des Ergänzungsantrags zu verfahren.

Frau Wienke, Die Linke, begrüßt die Umplanung der Ampeln und die Verbesserungen für den Fußverkehr. Sie weist auf die Ampeldichte hin, an der Cäcilienstraße befindet sich die 1. Ampel, 60 m weiter an der Schildergasse, nach weiteren 80 m zur Richmodstraße, nach weiteren 90 m an der Apostelstraße und wieder bis zur Cäcilienstraße seien es 40 m. Sie plädiert die Ampel an der Richmodstraße komplett abzubauen, das Stück dazwischen für Fußgänger auf Bordsteinniveau anzuheben. Damit sei die Zuwegung zum Platz fußgängerfreundlich gestaltet.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke weist auf den Ortstermin mit 23 Personen hin, der zur Diskussion über Vorschläge gedient habe. Die Ergebnisse seien, wie von der Fachverwaltung zugesagt, Anlage dieser Beschlussvorlage. Nach einem solchen Ortstermin sollte man keine neue Diskussion (mit weiteren Vorschlägen) aufmachen.

Herr Leitner, CDU, ist ebenfalls über den jetzigen Vorschlag verwundert, da der Ortstermin eben dazu gedient habe. Er weist auf die Notwendigkeit der Ampelanlage hin, da sich dort auch das Parkhaus befinde und die Situation für Autofahrer schwer einsehbar sei. Aus Sicherheitsgründen für Fahrradfahrende, Autofahrende sowie Fußgänger sei es wichtig, die Ampel dort zu belassen. In der Tat seien es viele Ampeln, eine weitere in Höhe des belgischen Hauses sei geplant.

Der Petent stellt seine Eingabe vor. Die Aussprache habe deutlich gemacht, dass es sich lohne auch über den Ortstermin hinaus, dem komplexen Thema Neumarkt zu widmen. Ein Ortstermin alleine sei nicht der Lösung letzter Schluss. Ihm sei in der Deutlichkeit der Abstand der Ampeln nicht bewusst gewesen und er sei erstaunt, dass Lichtsignalanlagen in dieser Reihung kommen sollten. Der Neumarkt sei der Platz mit der meisten Mobilität Fuß-Fahrrad und auch leider der größte Unfallort. Von den Ringen wisse man, dass eine eindeutige Zuordnung von Verkehrsflächen ein sicheres Bewegen ermögliche. Die Radfahrer würden von der Straße hinter die Taxis geführt mit Benutzungspflicht auf dem Hochbord, der viel zu eng sei, dann werde die Benutzungspflicht ab der Richmodstraße aufgehoben, danach werde man auf die Straße geführt. Diese 3-4 verschiedenen Führungsformen würden Radfahrer nicht annehmen. Er finde die Lösung ganz schlimm. Die Verwaltung erkläre lediglich, dass die Vorschläge der Eingabe förderschädlich sein könnten. Er würde begrüßen, wenn die BV die Verwaltung auffordere darzustellen, warum dies so sei. Im Radverkehrskonzept Innenstadt stehe, dass der Neumarkt der Knackpunkt sei, ohne diesen werde man die Verkehrswende nicht hinbekommen und schon gar nicht die Nord-Süd-Achse vom Südstadion bis zur Bildungslandschaft Altstadt Nord. Er bittet zu berücksichtigen, dass Kinder aufgrund der Schulplätze weitere Wege in Kauf nehmen müssen und um Zustimmung zum Antrag.

Der Mitpetent ergänzt, dass sich eine gute Stadtplanung und Verkehrspolitik daran bemessen, dass man von außen sehe, dass sich Kinder und Senioinnen sicher und selbständig durch die Stadt bewegen können. Dies gebe es in Köln an keiner einzigen Stelle. Mit einfachen Maßnahmen könne erreicht werden, dass der Neumarkt wieder ein Platz sei. Laut Städteplaner Carlos Moreno würden in keiner europäischen Metropole noch Ampeln gebaut. Die Förderfähigkeit sei nicht betroffen und es gebe genügend Fördergelder.

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, ergänzt den Änderungsantrag um:

d) Es ist eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h anzuordnen

Herr Cremer, SPD, führt aus, dass am Neumarkt nicht ohne größere Umbaumaßnahmen eine Radinfrastruktur, die allen gerecht werde, entstehe. Er weist auf die Hintergründe hin, warum man in Kreisverkehren keine eigene Radspur einrichte. Er unterstützt den Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen.

Frau Wienke, Die Linke, formuliert folgenden Änderungsantrag: „Wir plädieren dafür, dass die Bedingungen für die Fußgänger verbessert werden, indem die Ampel zur Schildergasse und die Ampel zum Apostelnkloster eingerichtet werden, die Ampel an der Richmodstraße abgebaut wird und die Strecke dazwischen durch eine fußgängerfreundliche entweder Anhebung des Bords - was ja sozusagen eine Durchlässigkeit zum Platz verbessert - oder durch eine Markierung in schwarz-weiß für Menschen mit Sehbehinderung die Durchlässigkeit zum Platz verbessert.“

Frau Dr. Holzer Henke, KlimaFreunde, stellt folgenden Änderungsantrag (Text der Bürgereingabe nach § 24 GO, Anlage 4):

„Es wird beantragt, die Benutzungspflicht des baulichen Radweges entlang des Neumarktes sofort aufzuheben und die jeweils rechte Fahrspur - sowohl in östlicher als auch in westlicher Fahrtrichtung - in einen Radfahrstreifen – im #RingFrei-Standard – umzuwidmen. Der Radfahrstreifen ist in geeigneter Weise vor dem Befahren durch den motorisierten Verkehr zu schützen.“

Es ist eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h anzuordnen.

Im Bereich zwischen den Stadtbahnzugängen Cäcilienstraße und Schildergasse sind der Taxistandplatz und die Fahrradabstellplätze neu zu ordnen. Die gewonnenen Flächen sind dem Fußverkehr und dem Fahrradparken zu widmen.

Für den Radverkehr sind attraktive und sichere Linksabbiegemöglichkeiten entlang der Straßenzüge um den Neumarkt herum zu gestalten, um eine gute Erreichbarkeit zu sichern, wie auch Geisterradeln zu vermeiden. Eine Anbindung der Fahrradstraße Fleischmengergasse ist zu realisieren, um die Achsenanbindungen sowohl in Nord-Süd-, wie in Ost-West Richtung sicherzustellen.

Die Umsetzung soll dem Prinzip der getrennten Führung von Rad- und Fußgängerverkehr folgen und mit dem Blick auf den zu steigenden und zu fördernden Fuß- und Radverkehr entsprechend dimensioniert werden.

Die aktuell vorliegende verkehrliche Planung für den Neumarkt soll daher nicht weiterverfolgt werden.“

I. Änderungsantrag Die Linke

Wir plädieren dafür, dass die Bedingungen für die Fußgänger verbessert werden, indem die Ampel zur Schildergasse und die Ampel zum Apostelkloster eingerichtet werden, die Ampel an der Richmodstraße abgebaut wird und die Strecke dazwischen durch eine fußgängerfreundliche entweder Anhebung des Bords - was ja sozusagen eine Durchlässigkeit zum Platz verbessert - oder durch eine Markierung in schwarz-weiß für Menschen mit Sehbehinderung die Durchlässigkeit zum Platz verbessert.

II. Änderungsantrag KlimaFreunde (gem. Vorschlag Bürgereingabe Anlage 4)

Es wird beantragt, die Benutzungspflicht des baulichen Radweges entlang des Neumarktes sofort aufzuheben und die jeweils rechte Fahrspur - sowohl in östlicher als auch in westlicher Fahrtrichtung - in einen Radfahrstreifen – im #RingFrei-Standard – umzuwidmen. Der Radfahrstreifen ist in geeigneter Weise vor dem Befahren durch den motorisierten Verkehr zu schützen.

Es ist eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h anzuordnen.

Im Bereich zwischen den Stadtbahnzugängen Cäcilienstraße und Schildergasse sind der Taxistandplatz und die Fahrradabstellplätze neu zu ordnen. Die gewonnenen Flächen sind dem Fußverkehr und dem Fahrradparken zu widmen.

Für den Radverkehr sind attraktive und sichere Linksabbiegemöglichkeiten entlang der Straßenzüge um den Neumarkt herum zu gestalten, um eine gute Erreichbarkeit zu zu sichern, wie auch Geisterradeln zu vermeiden. Eine Anbindung der Fahrradstraße Fleischmenger-gasse ist zu realisieren, um die Achsenanbindungen sowohl in Nord-Süd-, wie in Ost-West Richtung sicherzustellen.

Die Umsetzung soll dem Prinzip der getrennten Führung von Rad- und Fußgängerverkehr folgen und mit dem Blick auf den zu steigenden und zu fördernden Fuß- und Radverkehr entsprechend dimensioniert werden.

Die aktuell vorliegende verkehrliche Planung für den Neumarkt soll daher nicht weiterverfolgt werden.

III. Ergänzter Beschluss gem. Antrag B90/Die Grünen:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Verkehrsausschuss nimmt die Entwurfsplanung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Errichtung von Fußgängerüberquerungen mit Gesamtkosten in Höhe von rd. 855.613,52 € (davon 754.902,91 € investiv, 100.710,61 € konsumtiv inklusive rd. 5.500 € Beleuchtungskosten).

~~Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Innenstadt uneingeschränkt zustimmt.~~

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 20.000 € für die Umgestaltung des Platzes Neumarkt Ostseite im Teilfinanzplan des Amtes für Straßen und Radwegebau in der Produktgruppe 1201 - Straßen, Wege, Plätze in der Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen -, bei der Finanzstelle 6601-1201-0-1002, Platzgestaltung (Öffentl. Platzflächen), Haushaltsjahr 2023.

a) Die Ergebnisse des Ortstermins sind zu berücksichtigen.

b) Die Maßnahmen, insbesondere die LSA-Ausgestaltung, sind so zu gestalten, dass eine Spurumwidmung gemäß Radachsenbeschluss zeitnah umgesetzt werden kann, sobald eine Gefährdung der Förderfähigkeit ausgeschlossen werden kann.

c) Die Radwegbenutzungspflicht ist grundsätzlich aufzuheben. Es sollen vorgezogene Haltebuchten für den Radverkehr angelegt werden.

d) Es ist eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h anzuordnen.

Abstimmungen

zu I.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit von B90/Die Grünen, SPD, CDU, FDP, KlimaFreunde und Die Partei gegen Die Linke **abgelehnt**.

zu II.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit von B90/Die Grünen, SPD, CDU und FDP gegen die Stimmen von Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei **abgelehnt**.

zu III.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit von B90/Die Grünen, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei bei Enthaltung von CDU und FDP **zugestimmt**.

3.2 Genehmigung Dringlichkeitsentscheidung - Finanzierung der Umsetzung eines Kunst- und Kulturprogramms auf dem Neumarkt als Teilprojekt der gesamtstädtischen Initiative zur Aufwertung des Neumarkt-Areals **1232/2023/1**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung:
Der Rat beschließt für die Umsetzung eines Kunst- und Kulturprogramms auf dem Neumarkt als Teilprojekt der gesamtstädtischen Initiative zur Aufwertung des Neumarkt-Areals

1. die anderweitige Verwendung von Zuschussmitteln aus dem Teilergebnisplan des Kulturamtes aus der Produktgruppe 0416 - Kulturförderung, Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen, hier aus der Position „Zwischennutzung Ebertplatz“ in Höhe von bis zu 40.000 Euro im Jahr 2023 und

2. die überplanmäßige Mittelbereitstellung von 40.000 Euro im Haushaltsjahr 2023 im Teilergebnisplan des Kulturamtes in der Produktgruppe 0416 - Kulturförderung. Die Deckung erfolgt aus entsprechenden Minderaufwendungen in 2023 aus dem Teilergebnisplan des Museumsreferates aus der Produktgruppe 0401 - Museumsreferat, Teilplanzeile 13 („Umzugsmittel Richartzstr. 2-4“).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.3 Neubewertung des Projektes am Waidmarkt - Einstellung der Planungen für einen unterirdischen Kulturort (K3) und Perspektiven der weiteren städtebaulichen und kulturellen Entwicklung.
1357/2023**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:
Der Rat beschließt,

1. die Planungen zur Errichtung des unterirdischen Kulturraumes K3 nicht weiterzuverfolgen und stattdessen einen oberirdischen Kultur-/Gedenkraum zu planen und zu errichten, und
2. stimmt der zwischen der Verwaltung, der KVB und der ARGE Los-Süd ausgehandelten Vereinbarung zum Entfall des Rohbaus K3 (Anlage 3) und damit der Änderung der Vergleichsvereinbarung vom 29.06.2020 (Vorlagen-Nr. 1887/2020) zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 67453/23 Arbeitstitel: "Westlich Unter Goldschmied (Laurenz-Carré)" in Köln-Altstadt/Nord
0502/2023**

Herr Bezirksbürgermeister Hupke weist darauf hin, dass in diesem Bereich auch ein neues Bezirksrathaus geplant werden sollte, doch der Bauvorhabenträger immer ein Auge auf dieses Grundstück geworfen habe. Er bedauert, dass der Bezirk Innenstadt als einziger in Köln kein eigenes Bezirksrathaus habe. Er habe die Sorge, dass das Grundstück für das Bezirksrathaus auf einmal still und heimlich weg sei.

Frau Zlonicky, Stadtplanungsamt, antwortet, dass die Planungen für ein Bezirksrathaus in der Federführung der Gebäudewirtschaft liegen. Die Frage eines Grundstücksverkaufs sei nicht Gegenstand eines Bebauungsplanverfahrens. Auf Nachfrage von Frau Utku, B90/Die Grünen führt sie aus, dass der Bebauungsplan nicht unter die neuen Klimaschutzleitlinien falle, da die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 II BauGB schon erfolgt sei. Verfahren in denen diese Beteiligung noch nicht erfolgt sei, fallen unter die neuen Klimaschutzleitlinien.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke regt an in die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Herrn Greitemann zu bitten, um zu dem Thema Bezirksrathaus eine kompetente Auskunft zu erhalten.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:
Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 67453/23 für das Gebiet zwischen den Straßen Am Hof, Unter Goldschmied, Große Budengasse, der östlichen Grenze des Flurstücks 1200, der nördlichen und östlichen Grenze des Flurstücks 1271, der südlichen Grenzen der Flurstücke 1151 und 1037, Unter Goldschmied, Laurenzplatz, Salomonsgasse, Marspfortengasse und Sporergasse in Köln Altstadt/Nord. —Arbeitstitel: „Westlich Unter Goldschmied (Laurenz-Carré)“ in Köln Altstadt/Nord abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 2 bis 6;
2. den Bebauungsplan Nr. 67453/23 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 3.5 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen:
hier Kaiser-Wilhelm Ring**

**Arbeitstitel: Werbesatzung D der Kölner Ringstraßen - Kaiser-Wilhelm Ring
1086/2023**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:
Der Rat beschließt die Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln – Altstadt /Nord bezüglich des Kaiser-Wilhelm Ring als Teil der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen, auf Grundlage der §§ 7 und 41 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. Dezember 2021 (GV. NRW. S. 1353), in Verbindung mit § 89 Absatz 1 Nummer 1 und 2 sowie § 86 Absatz 1 Nummer 22 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) - Landesbauordnung - in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. September 2021 (GV. NRW, S. 1086).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.6 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen:
hier Hohenzollernring
Arbeitstitel: Werbesatzung E der Kölner Ringstraßen - Hohenzollernring
1087/2023**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen: Der Rat beschließt die Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln – Altstadt /Nord bezüglich des Hohenzollernring als Teil der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen, auf Grundlage der §§ 7 und 41 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. Dezember 2021 (GV. NRW. S. 1353), in Verbindung mit § 89 Absatz 1 Nummer 1 und 2 sowie § 86 Absatz 1 Nummer 22 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) - Landesbauordnung - in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. September 2021 (GV. NRW, S. 1086).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.7 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen:
hier Friesenplatz
Arbeitstitel: Werbesatzung F der Kölner Ringstraßen - Friesenplatz
1088/2023**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen: Der Rat beschließt die Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln – Altstadt /Nord bezüglich des Friesenplatz als Teil der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen, auf Grundlage der §§ 7 und 41 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. Dezember 2021 (GV. NRW. S. 1353), in Verbindung mit § 89 Absatz 1 Nummer 1 und 2 sowie § 86 Absatz 1 Nummer 22 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) - Landesbauordnung - in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. September 2021 (GV. NRW, S. 1086).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**3.8 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen:
hier Rudolfplatz
Arbeitstitel: Werbesatzung G der Kölner Ringstraßen - Rudolfplatz
1089/2023**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat beschließt die Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln – Altstadt /Nord bezüglich des Rudolfplatz als Teil der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen, auf Grundlage der §§ 7 und 41 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. Dezember 2021 (GV. NRW. S. 1353), in Verbindung mit § 89 Absatz 1 Nummer 1 und 2 sowie § 86 Absatz 1 Nummer 22 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) - Landesbauordnung - in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. September 2021 (GV. NRW, S. 1086).
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die weiteren Teilabschnitte als Teilsatzungen der Kölner Ringstraßen zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.9 Vergabe Stadtklima- und Stadtverschönerungsmittel 2023 im Stadtbezirk Innenstadt
1018/2023**

Frau Dr. Holzer-Henke, KlimaFreunde, bedauert, dass die Maßnahmen auf der Liste keine Maßnahmen zur Klimaanpassung enthalten. Sie regt an, dass bei Stadtverschönerungsmaßnahmen das Zusammenleben in der Stadt erleichtert werden. Sie findet es sehr problematisch, dass über 1/3 der Mittel in den Stadtgarten fließen sollen, nicht zuletzt weil Steine den Klimawirkungen widersprechen würden. Sie ändert den Änderungsantrag wie folgt: **„Die Natursteinarbeiten und die Anlage eines Bouleplatzes im Stadtgarten in Höhe von 55.000 € werden aus der Liste der durchzuführenden Maßnahmen gestrichen.**

Die freiwerdenden Mittel sollen verwendet werden:

- Vergrößerung der Baumscheibe des großen Baumes vor dem Hauptportal von Groß St. Martin (siehe Anlage Foto 1)
- Entsiegelung und Bepflanzung mit Stauden des abgepollerten freilaufenden Rechtsabbiegers am Hans-Böckler-Platz (siehe Anlage Foto 2)

Die restlichen Mittel sollen dem Grünflächenamt für **Baumpflanzungen im Stadtbezirk Innenstadt zur Verfügung gestellt werden.**“

Herr Leitner, CDU, weist darauf hin, dass der Baum an Groß St. Martin keine Baumscheibe vertragen könne, da dort eine Baumaßnahme anstehe, darüber sollten sich die Antragsteller im Klaren sein und dies berücksichtigen.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke berichtet, dass das Projekt zum Stadtgarten seit vielen Jahren mit mehreren Ortsterminen mit dem Amt für Landschaftspflege und Grünflächen und dem Verein Pro Stadtgarten mit abgestimmt worden sei. In Unkenntnis dessen, werde nun ein solcher Änderungsantrag gestellt. Er weist auf die vorangegangene Einigung der Fraktionsvorsitzenden und den umfangreichen Mitzeichnungsbedarf mehrerer Dezernate bei dieser Beschlussvorlage, die zur Beratung in drei Gremien anstehe, hin.

Der Verein Pro Stadtgarten, der auf 40-60 Mitglieder bewusst begrenzt wurde, führt aus, dass sich die Spenden an die Stadt im deutlichen sechsstelligen Bereich bewegen. Da der Verein die Natursteinarbeiten an der Gilbachstraße mit 8.000 € unterstützen könne, würden statt der 40.000 € auch 32.000 € ausreichen. Die Planungen zum Bouleplatz stünden ganz zu Beginn der Überlegungen und würden nicht in 2023 realisiert werden können, sodass insgesamt 23.000 € in 2023 nicht benötigt würden. Die Natursteinarbeiten dienen dazu, dass der Sand von den Gehwegen bei Starkregen nicht durch das Tor an der Gilbachstraße auf die Straße gespült werde, daher sollen die bewährten Maßnahmen - wie am Eingang Venloer Straße - durchgeführt werden. Er teilt mit, dass der Stadtgarten seit 1980 unter Landschaftsdenkmalschutz steht. Er bittet den vorliegenden Änderungsantrag abzulehnen.

Herr Vinçon, B90/Die Grünen, dankt für den Änderungsantrag, der nochmals deutlich gemacht habe, dass es Klima- und Stadtverschönerungsmittel seien und zukünftig das Budget gleichmäßig verteilt werde. Er schlägt vor, die laut Darstellung des Vereins freiwerdenden 23.000 € für Maßnahmen des Änderungsantrags zu verwenden.

Herr Cremer, SPD, betont, dass diese Sanierung längst aus den Finanzmitteln der Stadt als laufendes Geschäft der Verwaltung hätte finanziert werden müssen. Dies müsse die Bezirksvertretung auch bei zukünftigen Entscheidungen beachten. Er bittet nach den Wortmeldungen um eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Frau Flöge-Becker, bedauert, dass die Boulebahn gestrichen werden soll, da diese gerade für Senioren wirklich wichtig sei.

Der Verein Pro Stadtgarten stellt richtig, dass das Vorhaben Boulebahn noch nicht innerhalb des Vereines diskutiert wurde und es daher noch zu früh sei. Dies bedeute nicht, dass die Boulebahn nicht umgesetzt werden soll.

Herr Scheffer, Die Linke, dankt ebenfalls für den Änderungsantrag, der den Fokus nochmals auf Stadtklimamaßnahmen lenke und dem Verein Pro Stadtgarten für die Erläuterungen.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke unterbricht die Sitzung um 19.07 Uhr für 8 Minuten.

Frau Holzer-Henke, KlimaFreunde, teilt folgende Änderung des Änderungsantrags mit: **„Die Natursteinarbeiten Stadtgarten werden auf 32.000 € reduziert und die Anlage eines Bouleplatzes im Stadtgarten 15.000 € auf 2024 verschoben**

Die freiwerdenden Mittel in Höhe von **23.000 €** sollen verwendet werden:

- ~~— Vergrößerung und Bepflanzung der Baumscheibe des großen Baumes vor dem Hauptportal von Groß St. Martin (siehe Anlage Foto 1)~~
- Entsiegelung und Bepflanzung mit Stauden des abgepollerten freilaufenden Rechtsabbiegers am Hans-Böckler-Platz (siehe Anlage Foto 2)
- ~~— Ersatz der beiden abgestorbenen Bäume am Roncalliplatz (siehe Anlage Foto 3)~~
- ~~— Entsiegelung und Bepflanzung mit Stauden des abgepollerten Bereichs an der Kreuzung Gereonstraße/Gereonsdriesch (siehe Anlage Foto 4)~~
- **Baumpflanzungen im Stadtbezirk Innenstadt**

~~Die Verwaltung wird gebeten, diese Maßnahmen zu prüfen und mit den freigewordenen Mitteln, die Maßnahme bzw. Maßnahmen durchzuführen, die sie für am besten geeignet hält.~~

~~Die Verwaltung wird gebeten, die BV1 über die gewählte(n) Maßnahme(n) zu unterrichten.~~

Die Verwaltung wird gebeten die Maßnahme auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen und die BV 1 kurzfristig über das Ergebnis zu informieren.“

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, betont, dass es eine solche Situation noch nie gegeben habe. Vorschläge der Fachverwaltung zur Vergabe der Stadtklima- und Stadtverschönerungsmittel würden den Fraktionen mitgeteilt, können besprochen, geprüft und verändert werden und danach zur Beschlussfassung vorgelegt. Ob die vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden können, könne nicht ad hoc beantwortet werden.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke ergänzt, dass im Raum gestanden habe, aus den Stadtklima- und Stadtverschönerungsmitteln zwei Stellen im Amt für Landschaftspflege und Grünflächen zu finanzieren, damit beschlossene Maßnahmen umgesetzt werden könnten.

Herr Leitner, CDU, schlägt vor in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung zu besprechen, ob auch die Einzelmandatsträger an den Besprechungen über Stadtklima- und Stadtverschönerungsmittel sowie Bezirksorientierten Mitteln teilnehmen können.

Herr Fischer, B90/Die Grünen, äußert seine Bedenken, dass eine Entsiegelung einer gewidmeten Verkehrsfläche möglich sei und das Risiko, dass Haushaltsmittel nicht übertragen würden.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke kritisiert die Diskussion, die eine Einigung der Fraktionsvorsitzenden in öffentlicher Sitzung in Frage stelle.

Nach der Abstimmung gibt Herr Vinçon, B90/Die Grünen, zu Protokoll: Wir bitten die Verwaltung bei den Vorschlägen zur Vergabe der Stadtklima- und Stadtverschönerungsmittel 2024 und ff. zur einen Hälfte Vorschläge zur Verbesserung des Stadtklimas und zur anderen Hälfte zur Stadtverschönerung zu machen.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke bittet die Verwaltung schnell zu prüfen, ob Vorschläge in dem gefassten Beschluss rechtlich nicht möglich sind und dies in der ersten Sitzung nach den Ferien mitzuteilen, damit die Bezirksvertretung noch schnell reagieren könne.

I. GEÄNDERTER Beschluss:

- 1.) Die **Bezirksvertretung Innenstadt** beschließt, die vom Rat im Haushaltsplan 2023/2024 bereitgestellten Haushaltsmittel in Höhe von 150.000 € für Maßnahmen zum Stadtklima und zur Stadtverschönerung nach Maßgabe des vom Finanzausschuss am 03.04.2017 beschlossenen Kriterienkatalogs für die aufgeführten Maßnahmen zu verwenden und bittet die Verwaltung die Maßnahme umzusetzen.

Nr.	Ort	Geplante Maßnahmen	geschätzte Kosten Brutto
1	Altstadt-Süd	Ankerstr. Hundefreilauffläche mit Einzäunung	25.000€
2	Neustadt-Nord	Einzäunung Hundefreilauffläche–Volksgarten	18.000 €

3	Neustadt-Nord	Stadtgarten: Durchführung von Natursteinarbeiten am Ausgang Gilbachstraße	40.000-€ 32.000 €
4	Deutz	Am Düxer Bock 2x Tisch-Bank-Kombinationen installieren und Bepflanzung	10.000 € 1.000
5	Neustadt-Nord	Boulefläche Stadtgarten mit 2 Bänken	15.000€
6	Neustadt-Nord	12 Bänke am Brüsseler Platz erneuern	20.000€
7	Neustadt-Nord	Beete Ebertplatz aufwerten	20.000€
8	Neustadt-Nord	Bepflanzung St. Agnes	1.000 €
9	Neustadt-Nord	Entsiegelung und Bepflanzung mit Stauden des abgepollerten freilaufenden Rechtsabbiegers am Hans-Böckler-Platz	18.000 €
10		Baumpflanzungen im Bezirk Innenstadt	5.000 €
	Summe		150.000

- 2.) Der **Finanzausschuss** beschließt die Freigabe der Haushaltsmittel 2023 in Höhe von 150.000 € für die von der Bezirksvertretung Innenstadt beschlossenen Maßnahmen. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2023/2024, Teilergebnisplan 1301 Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Teilplanzeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung.

II. Kenntnisnahme:

Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün erhält die Vorlage im Nachgang zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung Herr Fischer (B90/Die Grünen)

3.9.1 Änderungsantrag: Stadtklima- und Stadtverschönerungsmittel, gem. Änderungsantrag KlimaFreunde, SPD, Die Linke und Die Partei AN/1134/2023

Beschluss:

Die Natursteinarbeiten Stadtgarten werden auf 32.000 € reduziert und die Anlage eines Bouleplatzes im Stadtgarten 15.000 € auf 2024 verschoben

Die freiwerdenden Mittel in Höhe von **23.000 €** sollen verwendet werden:

- ~~— Vergrößerung und Bepflanzung der Baumscheibe des großen Baumes vor dem Hauptportal von Groß St. Martin (siehe Anlage Foto 1)~~
- Entsiegelung und Bepflanzung mit Stauden des abgepollerten freilaufenden Rechtsabbiegers am Hans-Böckler-Platz (siehe Anlage Foto 2)
- ~~— Ersatz der beiden abgestorbenen Bäume am Roncalliplatz (siehe Anlage Foto 3)~~
- ~~— Entsiegelung und Bepflanzung mit Stauden des abgepollerten Bereichs an der Kreuzung Gereonstraße/Gereonsdriesch (siehe Anlage Foto 4)~~

- **Baumpflanzungen im Stadtbezirk Innenstadt**

~~Die Verwaltung wird gebeten, diese Maßnahmen zu prüfen und mit den freigewordenen Mitteln, die Maßnahme bzw. Maßnahmen durchzuführen, die sie für am besten geeignet hält.~~

~~Die Verwaltung wird gebeten, die BV1 über die gewählte(n) Maßnahme(n) zu unterrichten.~~

Die Verwaltung wird gebeten die Maßnahme auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen und die BV 1 kurzfristig über das Ergebnis zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen von B90/Die Grünen (4), SPD, CDU, Die Linke, FDP KlimaFreunde und Die Partei gegen die Stimme von Herrn Fischer (B90/Die Grünen) und bei Enthaltung Herr Hupke (B90/Die Grünen) **zugestimmt**.

3.10 288. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 1225/2023

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen: Der Rat beschließt den Erlass der 288. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen 1, 2, 3 und 5 keine Änderungswünsche äußern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.11 Rheinufer Trankgassenwerft - Sperrung zwischen Bastei und Zoobrücke 1287/2023

Herr Leitner, CDU, erinnert an einen lange ausstehenden Ortstermin mit dem Vincenzhaus, um zu klären, welche Maßnahmen möglich seien, damit die Bewohnerinnen und Bewohner des Vincenzhauses die südliche Rampe behindertengerecht nutzen können.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt, dass auf der Straße „Trankgassenwerft“ zwischen Theodor-Heuss-Ring und Elsa-Brändström-Straße künftig nur noch der Liefer- und Busverkehr für die Rheinschiffe in die Straße einfahren dürfen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.12 Ergänzung der Richtlinien des Rates für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen hinsichtlich der Benennung nach Frauen 1203/2023

Herr Leitner, CDU, bittet um eine Liste für den Bezirk Innenstadt mit einer Aufteilung der Straßennamen nach Männern und Frauen, da wahrscheinlich 2/3 der Straßennamen nach anderen Orten, Klöstern und Ähnlichem benannt seien.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen: Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Richtlinien des Rates für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen vom 26.08.1999 um den Punkt 3.4., *Zur Förderung der Gendergerechtigkeit sind Straßen bevorzugt nach Frauen zu benennen, bis Geschlechterparität erreicht ist*, zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.13 Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln (LIS-Köln): Standortkonzept Innenstadt (1. Zyklus) 1293/2023

Frau Dr. Börschel, SPD, spricht sich für den Aufbau der Ladeinfrastruktur aus, allerdings sei ihr eine gewisse geographische Unausgeglichenheit aufgefallen. Im Bereich Neustadt/Nord sei das Agnesviertel gut vertreten, aber der südliche Teil wie Stadtgartenviertel, Brüsseler Platz und Mediapark weniger. Sie wünscht sich eine Ausgewogenheit.

Frau Wienke, Die Linke, fragt, ob dies rechtlich als private Ladesäule zu werten sei und, ob die zugänglich sein müsse. Hintergrund sei, dass ein Unternehmen in Chicago die Parkscheinautomaten aufgekauft habe und die Stadt nicht mehr Fußwege verbessern, Fahrradwege anlegen und Straßen sperren könne, da dem Unternehmen wirtschaftlicher Nutzen entgehe.

Herr Leitner, CDU, weist darauf hin, dass die Erreichbarkeit der Ladesäule auf der Dagobertstraße nicht über die Turiner Straße gegeben sei und erinnert an die Erstellung einer Beschlussvorlage zur Öffnung der Dagobertstraße von der Turiner Straße.

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, berichtet, dass das nördliche Belgische Viertel bereits relativ gut mit Ladesäulen ausgestattet sei, daher würden dort weniger Neuanlagen vorgesehen, dagegen sei das nördliche Agnesviertel quasi garnicht ausgestattet und dort nun ein Schwerpunkt. Er weist darauf hin, dass Ladesäulen scheinbar dort eingerichtet werden sollen, wo verkehrliche Maßnahmen vom Amt für Straßen und Radwegebau geplant seien und bittet diesbezüglich die Ladesäule 1.46 – Neusser Straße/Neusser Wall zu prüfen. Dort soll die Ampelanlage für einen Kreisverkehr zurückgebaut werden. Das gelte auch für Parkplätze bei denen die 1,40 m Gehwegbreite nicht eingehalten werde.

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Innenstadt stimmt den 28 eingereichten Standortvorschlägen für den 1. Zyklus zu und beauftragt die Verwaltung, die Stadtwerke Köln GmbH mit der Errichtung der Ladesäulen und deren Betrieb zu betrauen.

2. Die Bezirksvertretung Innenstadt nimmt den bereits in der Umsetzung befindlichen Standort aus dem vorgezogenen Teilprojekt LIS20plus zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.14 Korrektur Ratsbeschluss 1141/2016 - Rücknahme der Zügigkeitserweiterung für die Königin-Luisen-Schule, Gymnasium Alte Wallgasse 10, 50672 Köln 0775/2023

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen: Nachdem die Bezirksregierung Köln die Genehmigung der beantragten Zügigkeitserweiterung der Königin-Luise-Schule bis zum Schuljahr 2022/23 zurückgestellt hatte, und aktuell trotz zwischenzeitlich fertig gestellten Erweiterungsbaus die nunmehr für G9 erforderlichen Raumkapazitäten und Sportmöglichkeiten nicht für eine Vierzügigkeit ausreichen, nimmt der Rat der Stadt Köln seinen Beschluss vom 20.12.2016 gemäß § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Änderung der Zügigkeit der Königin-Luise-Schule (Schulnummer 166492), Gymnasium Alte Wallgasse 10, 50672 Köln zum Schuljahr 2023/24 zurück. Die Schule bleibt damit festgelegt auf drei Züge in der Sekundarstufe I und fünf Züge in der Sekundarstufe II.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.15 Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze mit Bewohnerparkprivilegien im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Stadt Köln (Bewohnerparkgebührenordnung) 0427/2023

Herr Nüsser, FDP, lehnt die Erhöhung der Parkgebühren ab. Eine solche zusätzliche Belastung zum jetzigen Zeitpunkt auf 300 € und mehr treffe die Falschen. Es würden nicht nur Gutverdienende getroffen, sondern Menschen, die auch aus beruflichen Gründen auf ein Auto angewiesen seien.

Herr Cremer, SPD, bittet die Beschlussvorlage in die Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt am 24.08.2023 zu vertagen. Diese sei nicht ausreichend ausgereift und es bedürfe einer deutlichen Verbesserung an vielen Stellen. Es gebe Stadtgebiete, wo genügend Raum zur Verfügung stehe und es viele Besserverdienende gebe, als dies beispielsweise in der Innenstadt der Fall sei. Es sei ein enormer Sprung. Er stellt in Frage, ob die Größe des PKW's als Berechnungsgrundlage ausreichend durchdacht sei. Hier habe die Fraktion noch deutlichen Klärungsbedarf, weil dies nicht als sozial ausgewogen erscheine und möchte in eine öffentliche Debatte gehen. Er spricht sich grundsätzlich für eine Gebührenerhöhung aus, doch der Vorschlag müsse ausgewogen und sozial sein.

Herr Leitner, CDU, stimmt den Ausführungen von Herrn Cremer zu und vermisst die Quartiergaragen in der Vorlage. Um die Statements der Fraktionen mit ins weitere Verfahren zu geben, habe man eine direkte Vertagung zu Beginn der Sitzung nicht unterstützt.

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, betont, dass es sich um eine erstmalige Einführung von Bewohnerparkgebühren handele, bisher gebe es nur eine Gebühr für das Ausstellen des Bewohnerparkausweises, andere Nutzungen des öffentlichen Raums z. B. für die Außengastronomie oder Straßenfeste seien schon jetzt kostenpflichtig.

Über die Spreizung der Gebühren könne man diskutieren, die Stadt Freiburg habe die gleichen Längenbeschränkungen mit 240 €, 360 € und 480 €. Es gebe Menschen die mit einem Auto zur Arbeit fahren müssten, aber sehr wenige, die dies mit einem über 4700 mm langen Auto tun müssten. Die Anwohnerparkgebühren würden auch dem Menschen mit Anwohnerparkausweis helfen, weil sie die Fehlbelegung von Parkflächen durch Dauerparker reduzieren. In anderen Städten sei ein Rückgang der Anwohnerparkausweise um 30 % bei der Erhöhung der Gebühren erreicht worden.

Frau Wienke, Die Linke, schließt sich den Ausführungen von Herrn Dr. Herrndorf an. Sie bezahle als Nichtautobesitzerin seit Jahrzehnten den Parkplatz derer, die mit dem Auto unterwegs seien und zahle darüber hinaus mit Ihrer Gesundheit, sie müsse Lärm, Dreck und hässlichen Anblick ertragen. Sie weist auf den Antrag der Linken hierzu hin. In der Innenstadt gebe es ein Überangebot an Parkplätzen, man brauche nicht so viele Parkplätze. Jeder der in der Innenstadt wohne, sollte parken können und dürfen. Leute von auswärts würden alles zuparken. Die Gebühren die erhoben werden, sollen den Anwohnern zu gute kommen.

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt **vertagt die Beschlussvorlage.**

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit (10) von SPD (3), CDU (3), Die Linke (2), FDP (1) und Die Partei (1) gegen die Stimmen (7) von B90/Die Grünen (6) und KlimaFreunde (1) **zugestimmt**

3.16 Entwurf der Fortschreibung des Straßenreinigungsverzeichnisses zur Straßenreinigungssatzung, hier: Ausübung des Anhörungsrechtes gemäß § 19 (4) der Hauptsatzung 1154/2023

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln und dem Rat der Stadt Köln die Änderung des Straßenreinigungsverzeichnisses zur Straßenreinigungssatzung entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.17 Errichtung eines "Offenen Bücherschranks 1044/2023

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt stimmt der Aufstellung eines „Offenen Bücherschranks“ durch die Bürgerstiftung Köln an dem Standort Hohe Straße vor Hausnummer 5, - wie in der Anlage dargestellt – zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.18 Erweiterung Tempo-30-Zone Unter Krahnensäumen 1524/2023

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt, dass die bestehende Tempo-30-Zone von der Weidengasse und Eintrachstraße, über den Eigelstein und Unter Krahnensäumen bis zur Einfahrt von der Turiner Straße erweitert wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.19 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 2. Halbjahr 2023 1356/2023

Herr Nüsser, FDP, erklärt, dass er sich an der Debatte und Abstimmung nicht beteiligen werde.

Frau Dr. Holzer-Henke, KlimaFreunde, zeigt sich überrascht, dass die Veranstaltungen keine Klimaauswirkungen haben sollen und bittet dies zu erläutern.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem AVR folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen der Genehmigungen für Veranstaltungen im
 2. Halbjahr 2023
 - a. den zentralen Innenstadtplatz Heumarkt für die Durchführung
 - des Altstadtffests vom 11.08. – 13.08.2023 (inkl. Auf- und Abbau 09.08. – 14.08.2023)dem*der jeweiligen Veranstalter*in zur Verfügung zu stellen.
 - b. den zentralen Innenstadtplatz Neumarkt für die Durchführung
 - des Pavillons für Kunst und Kultur der Kölner Künstlerin Erika Hock vom 26.06. – 20.08.2023 (inkl. Auf- und Abbau 19.06. – 24.08.2023)dem*der jeweiligen Veranstalter*in zur Verfügung zu stellen.
 - c. den zentralen Innenstadtplatz Rudolfplatz für die Durchführung
 - des „Marktplatz der Arbeit“ im Rahmen der Digital X 2023 vom 20.09. – 21.09.2023 (inkl. Auf- und Abbau 18.09. – 22.09.2023)dem*der jeweiligen Veranstalter*in zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

(Herr Nüsser (FDP) hat an Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.)

3.20 Sammelbeschluss zu den Satzungen über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln bezüglich der Kölner Ringstraßen mit Ihren Plätzen und Seitenstraßen

hier:

**Teil A Theodor-Heuss Ring,
Teil B1 Ebertplatz,**

**Teil B2 Eigelstein,
Teil C Hansaring
1540/2023**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat beschließt die Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln – Altstadt /Nord bezüglich des **Theodor-Heuss Ring** als Teil der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen, auf Grundlage der §§ 7 und 41 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. Dezember 2021 (GV. NRW. S. 1353), in Verbindung mit § 89 Absatz 1 Nummer 1 und 2 sowie § 86 Absatz 1 Nummer 22 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) - Landesbauordnung - in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. September 2021 (GV. NRW, S. 1086).
2. Der Rat beschließt die Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln – Altstadt /Nord bezüglich des **Ebertplatz** als Teil der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen, auf Grundlage der §§ 7 und 41 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. Dezember 2021 (GV. NRW. S. 1353), in Verbindung mit § 89 Absatz 1 Nummer 1 und 2 sowie § 86 Absatz 1 Nummer 22 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) - Landesbauordnung - in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. September 2021 (GV. NRW, S. 1086).
3. Der Rat beschließt die Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln – Altstadt /Nord bezüglich des **Eigelstein** als Teil der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen, auf Grundlage der §§ 7 und 41 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. Dezember 2021 (GV. NRW. S. 1353), in Verbindung mit § 89 Absatz 1 Nummer 1 und 2 sowie § 86 Absatz 1 Nummer 22 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) - Landesbauordnung - in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. September 2021 (GV. NRW, S. 1086).
4. Der Rat beschließt die Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln – Altstadt /Nord bezüglich des **Hansaring** als Teil der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen, auf Grundlage der §§ 7 und 41 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. Dezember 2021 (GV. NRW. S. 1353), in Verbindung mit § 89 Absatz 1 Nummer 1 und 2 sowie § 86 Absatz 1 Nummer 22 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) - Landesbauordnung - in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. September 2021 (GV. NRW, S. 1086).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.21 Bedarfsfeststellungs- und Baubeschluss für die Instandsetzung der Parkpalette Jakobstraße/Josephstraße 3038/2022

Herr Vinçon, B90/Die Grünen, beantragt die Vertagung mit der Maßgabe einen Orts-termin durchzuführen.

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt vertagt die Beschlussvorlage mit der Maßgabe einen Ortstermin durchzuführen (Antrag B90/Die Grünen).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)

5.1 Anträge aus früheren Sitzungen

**5.1.1 Neues Konzept für den öffentlichen Raum und eine resiliente Stadt in der Altstadt Nord, gem. Antrag Grüne, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei
AN/2063/2022**

Das beschlossene Fachgespräch steht noch aus.

5.2 Anträge zu dieser Sitzung

**5.2.1 Anzahl Happy Toilet erhöhen, Antrag Grüne
AN/0850/2023**

Herr Vinçon, B90/Die Grünen, erläutert, dass durch die Gewinnung weiterer Happy Toilet Partner die Anzahl der Toiletten in der Stadt auf einfache Art und Weise erhöht werden könnte. Daher soll das Projekt weiter bekannt gemacht und die Beantragung erleichtert werden. Eine Rückmeldung soll zeitnah erfolgen. Das derzeitige Verfahren werde von der IG-Gastro kritisiert.

Frau Flöge-Becker, Seniorenvertretung, berichtet, dass viele Toiletten nicht barrierefrei seien. Die Happy Toilet Schilder seien sehr klein und kaum zu sehen.

Herr Fischer, B90/Die Grünen, weist auf die Staffelung für die teilnehmenden Betriebe von 100 € bis 300 € hin, die höher sei, wenn eine barrierefreie Toilette oder Toilette mit Wickeltisch zur Verfügung gestellt werde.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten das Programm "Happy Toilet" unter den gastronomischen Betrieben bekannter zu machen und dadurch auch mehr TeilnehmerInnen zu gewinnen (z.B. durch das Versenden von Emails).

Zur Zeit sind auf der Seite toiletten.köln erst 13 Betriebe in der Innenstadt verzeichnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.2.2 Behindertenparkplatz vor der Alten Feuerwache, Antrag Die Linke
AN/0843/2023**

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, bittet um folgende Ergänzung des Antrags: „Die Bezirksvertretung Innenstadt bittet die Verwaltung auch für andere Bürgerhäuser zu überprüfen, ob es zusätzlichen Bedarf an Behindertenparkplätzen gebe.“

Ergänzter Beschluss

Im Interesse eines hindernisfreien und unmittelbaren Zugangs zum Bürgerzentrum Alte Feuerwache wird einer der bewirtschafteten Parkplätze direkt an der Zufahrt Melchiorstraße zu einem Behindertenparkplatz umgewidmet.

Die Bezirksvertretung Innenstadt bittet die Verwaltung auch für andere Bürgerhäuser zu überprüfen, ob es zusätzlichen Bedarf an Behindertenparkplätzen gebe.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.2.3 Ablehnung der Nutzung des Rheinparks als Fan Zone zur EM 2024, gem.
Antrag Grüne, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei
AN/0856/2023**

Herr Fischer, B90/Die Grünen, nimmt Bezug zur Vorstellung des Konzeptes zur EM 2024 in der Sitzung am 09.03.2023 durch das Sportamt. Es gebe mehrere Orte, wo Fanaktivitäten stattfinden sollen, zumeist in der linksrheinischen Innenstadt, aber auch im Tanzbrunnen. Auch der Rheinpark sei als Ausdehnungsbereich für Fans zum Fußballkicken geplant. Er befürchte, dass der Rheinpark dadurch schwersten Schaden nehmen könnte, dessen Behebung erheblichen Aufwand und es Jahre dauern könne, um den jetzigen Zustand wiederherzustellen. Der Rheinpark sei landschaftsarchitektonisch von höchstem Wert und Landschaftsschutzgebiet. Daher lehne er die Nutzung des Rheinparks im Sinne des Konzeptes zur EM 2024 ab.

Herr Timmer, Sportamt, hebt hervor, dass während der EM mehrere 10.000 Fans erwartet würden. Diese und die Kölner Bevölkerung sollen die Atmosphäre und die Gastfreundschaft der Stadt Köln erfahren können. Um dies nicht an einem Punkt zu konzentrieren und möglichst zu entzerren, würden verschiedene Bereiche einbezogen, deren Angebote zueinander in einer funktionalen Beziehung stünden. Man wolle dort sein, wo sich die Fans bewegen und gesteuerte Angebote unterbreiten, die notfalls sofort wieder beseitigt werden könnten.

Herr Lange, Sportamt, fasst zusammen, dass an Heumarkt und Tanzbrunnen mit gastronomischem Angebot während der gesamten EM 2024 Fußball geschaut werden könne. Darüber hinaus soll für den Zeitraum 14.06.-30.06.2024 in der Altstadt lokale Kunst- und Kultur und im Rheinpark Sport dar- bzw. angeboten werden. Hiermit soll der Jugend- und Breitensport gefördert werden. Der Wunsch auch mit Gästen aus ganz Europa zu kicken, sei von den Institutionen an die Stadt herangetreten worden. Geplant seien fünf Kleinspielfelder, die markiert, mit Toren und in manchen Bereichen mit Gittern als Banden versehen würden. Es sollen Turniere, Trainingseinheiten und Workshops für Kinder, Jugendliche Senior*innen, Schiedsrichter*innen, Freizeit- und

Breitensportler*innen, Fans, Menschen mit Behinderung, Queere Community u.v.m. angeboten werden. Der Bereich werde durch eine Turnierleitung (Faltzelt ohne Boden), acht Mitmachaktionen und zwei Soccercourts (auf Asphalt) ergänzt. Alles sei flexibel und könne theoretisch quasi über Nacht abgebaut werden. Es sei ansonsten keine Gastronomie oder Toiletten geplant. Das Rheinparkcafé und der Beachclub als ansässige Gastronomien seien in der Lage das Angebot abzudecken. Sollte es einen zusätzlichen Bedarf geben, könne der Tanzbrunnen geöffnet werden und das gastronomische Angebot erweitert werden. Toiletten würden in ausreichender Zahl im Bereich des Rheinparkcafés, des Tanzbrunnen und des Beachclubs zur Verfügung stehen. Es sei keine musikalische Beschallung geplant, maximal eine Box für die Durchsage zu den Turnieren. Zusätzliche Müllbehälter würden aufgestellt und bei Bedarf erfolge eine weitere Reinigung. Die Flächen sollen ab März vorbereitet werden, während der Turniere betreut und im Anschluss durch das Sportamt nachbereitet werden. Die Beete könnten auf Wunsch eingezäunt werden, der Einsatz eines Wachdienstes sei mindestens außerhalb der Öffnungszeiten, bei Bedarf auch darüber hinaus vorgesehen.

Herr Nüsser, FDP, hat an die WM 2006 größtenteils negative Erinnerungen bezüglich der Auswirkungen in der Altstadt und ist froh, dass Maßnahmen ergriffen würden, um dies zu Entzerren. Er fragt, ob an die vorhandenen Plätze auf der Poller Wiese gedacht wurde. Zu den Toiletten bittet er zu berücksichtigen, dass die vorgesehenen Planungen große Wege bedeuten und bittet zusätzliche Toiletten aufzustellen.

Herr Timmer betont nochmals, dass die Grundlage des gesamten Konzeptes sei, dort zu sein, wo die Fans sind. Am Tanzbrunnen sei Public Viewing und am Jugendpark ein Zeltareal, wo Fans übernachten können, geplant. Zwischen diesen Zonen bis zur Altstadt werde es zwangsläufig Fußverkehr geben. Auf diesem Weg möchte man die Fans abholen und geordnete Angebote schaffen, anstatt sie eigene Spielräume kreieren zu lassen.

Herr Lange ergänzt, dass zusätzliche Toiletten bei Bedarf kurzfristig zur Verfügung stehen würden. Die Sportangebote dort ermöglichen z.B. Siegerehrungen auf der Bühne des Tanzbrunnens und ziehen in dem Bereich vielleicht auch internationale Gäste an. Dieses besondere Flair sei an der Poller Wiese nicht mehr gegeben.

Herr Schmitz, CDU, bedankt sich und schließt sich den Ausführungen von Herrn Nüsser an.

Herr Cremer, SPD, betont, dass man gerne die Fußballfreunde aus anderen Ländern aus Anlass dieses besonderen Ereignisses begrüße, sie auch gebührend empfangen und einen entsprechenden Raum geben wolle. Der Rheinpark sei, wie auch die Altstadt, ein Juwel. Die Anwohner würden die Menschenmengen mittragen müssen. In der Theorie sei das Konzept richtig, die Realität werde sein, dass sich die Menschen über die Angebotsdauer hinaus im Rheinpark aufhalten und diesen möglicherweise nicht nur aus familiären Gründen besuchen. Zusätzliche Toiletten seien bei der Planung dringend notwendig. Der Rheinpark sei die letzte Grünfläche in der Innenstadt, die noch familiär und nicht für Partys genutzt werde, was sich schnell ändern könne. Seine Sorgen habe die Fachverwaltung nicht entkräften können, daher unterstütze er weiterhin den Antrag.

Herr Timmer weist auf ein großes Turnier vor einer Woche auf den Stadionvorwiesen hin, wo über 1.300 Mädchen und Frauen Fußball gespielt haben, heute erkenne man keine Spur des Geschehens mehr. Auch früher sei im Rheinpark Fußball gespielt worden. Im Rahmen der EM 2024 rede man über einen Zeitraum von 4 Wochen. Um Auswirkungen einzugrenzen, soll es ein kontrolliertes und beobachtetes Konzept geben. Irgendeine Sportanlage, die man öffne, werde die Fans nicht anziehen, da die Laufwege klar seien. Die Fans halten sich in der Innenstadt auf und gingen höchstens bei

einem attraktiven Angebot zum Tanzbrunnen und vom Jugendpark über den Tanzbrunnen.

Frau Wienke, Die Linke, entgegnet, dass das Turnier vor einer Woche nur an einem Tag stattgefunden habe. Sie spricht sich gegen eine Eventisierung und Überwachung aus. Spiele würden sich ergeben. Sie wünscht eine Verbesserung und Aufwertung der Plätze und Möglichkeiten für Spiele in der Stadt im Rahmen der EM 2024. Die Poller Wiesen oder der Kirmesplatz seien laufmäßig erreichbar. Sie bittet dies zu prüfen und davon abzusehen, die Grünflächen zu zerstören.

Herr Fischer erklärt, dass die Ausführungen der Fachverwaltung keine neuen Erkenntnisse gebracht hätten und die Bedenken nicht ausgeräumt werden konnten. Er begrüßt den Vorschlag von Herrn Nüsser, die Poller Wiesen zu bespielen oder auch die Stadionvorwiesen. Herr Roters als Vorsitzender des Fördervereins des Rheinparks spreche sich ebenfalls strikt gegen die Pläne zur Nutzung des Rheinparks aus.

Dr. Groth, Bürgergemeinschaft Altstadt, betont, dass sich die Bürgergemeinschaft frühzeitig mit einer großen Dokumentation bezüglich der EM-Planungen beschäftigt habe. Er kritisiert, dass die Altstädter nicht mitgenommen wurden. Das Verfahren sei vollkommen intransparent. Es würden gesetzliche Grundlagen wie Bebauungspläne, Landesimmisionsschutzgesetz, Wohnraumschutzsatzungen oder Landschaftsschutzsatzungen mit einer Nonchalance zur Seite geschoben, die einen atemlos mache. Man sei extrem gegen eine Eventisierung. Er spricht sich für einen sanften Fußballtourismus aus, der nicht über den Alkohol und Bierbuden definiert werde. Er unterstütze den vorliegenden Antrag und würde sich freuen, wenn die Platznutzungskonzepte eingehalten würden.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke lobt den Einsatz von Herrn Timmer und Herrn Lange für den Sport und die Vereinsarbeit. Der Rheinpark sei das einzige Gartenbaujuwel, was sich mit anderen Großstädten in Größe und Geschichte vergleichen lasse, er stehe unter Landschaftsschutz und Denkmalschutz. Dieses Konzept sei in anderen Ländern nicht denkbar. Durch Einladung von Stars könnten die Poller Wiesen auch Publikumsmagnet werden.

Herr Nüsser unterstützt die Absicht der Entzerrung. Er erklärt, dass man im Gegensatz zum angesprochenen Fußballfest auf den Stadionvorwiesen von einem anderen Zeitraum und anderen Besuchern rede. Die Menschen würden bewusst in den Jugendpark und Tanzbrunnen gezogen und nun damit begründet, dass der Rheinpark genutzt werden soll. Er sieht im Konzept erhebliches Verbesserungspotential.

Beschluss:

In der Sitzung vom 09.03.2023 stellte die Verwaltung der Bezirksvertretung Innenstadt das Konzept zur Fußball-EM 2024 vor. Dieses sieht neben Stationen in der Altstadt und im Tanzbrunnen auch die Nutzung des Rheinparks als Fan Zone vor. Aufgrund des unschätzbaren landschaftsarchitektonischen und ökologischen Wertes des Tanzbrunnens lehnt die Bezirksvertretung Innenstadt eine Nutzung des Rheinpark-Geländes im Rahmen der Planungen zur Fußball-EM 2024 ab. Sie bittet die Oberbürgermeisterin, die entsprechenden Planungen der Verwaltung unverzüglich zu stoppen und den Rat der Stadt Köln, dies durch einen entsprechenden Beschluss zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP.

5.2.4 Renovierung Bänke Lichhof, Antrag Grüne AN/0851/2023

Herr Leitner, CDU, ruft einen früheren Ortstermin am Marienplatz in Erinnerung, wo es darum ging die Betonblumenkübel zu entfernen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten,-nach der Einweihung der neuen Freitreppe an der Pipinstraße- die Bänke im Lichhof zu renovieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.5 Abstellzone für E-Roller auf dem Auenweg, Antrag Die Linke AN/0867/2023

Beschluss:

1. Das Abstellen von E-Scootern auf dem Auenweg im Umfeld der Einfahrt Claudiustherme/Rheinpark wird untersagt.
2. Es wird in diesem Bereich eine Abstellzone für E-Scooter eingerichtet. Der notwendige Platz wird durch die Umwandlung von Pkw-Stellplätzen gewonnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.6 Zulassung einer Vertretung einer betroffenen Bevölkerungsgruppe gemäß § 58 Abs. 3 Gemeindeordnung NRW – Jugendvertreter*innen in der Bezirksvertretung Innenstadt, gem. Antrag Grüne, SPD, Die Linke, Klimafreunde und Die Partei AN/0858/2023

Herr Nüsser, FDP, unterstützt den Antrag ausdrücklich. Mittelfristig müsse es jedoch das Ziel sein, die Jugend durch direkt gewählte Vertreter an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Dies werde in Düsseldorf bereits praktiziert. Er bittet um folgende Ergänzung: Die BV Innenstadt unterstützt die Idee mittelfristig direkt gewählte Jugendvertreter*innen aus einem einzurichtenden Jugendrat in den Bezirksvertretungen zu etablieren, wie es beispielsweise schon in Düsseldorf der Fall ist.

Beschluss:

1. bis auf weiteres jeweils eine*n Vertreter*in der Bezirksschüler*innenvertretung Köln und des Kölner Jugendrings nach Maßgabe des Absatz 3 des § 58 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen als Vertreter einer Bevölkerungsgruppen, die von den Entscheidung der Bezirksvertretung vorwiegend betroffen ist, zur beratenden Teilnahme ab der ersten Sitzung nach den diesjährigen Herbstferien zuzulassen.
 - 1.1. Die Vertreter*innen müssen zum Zeitpunkt ihrer Zulassung das 14. Lebensjahr vollendet, dürfen aber das 21. Lebensjahr noch nicht erreicht haben.
 - 1.2. Der/Die Vertreter*in der Bezirksschüler*innenschaft muss eine Schule im Stadtbezirk Innenstadt besuchen oder wie der/die Vertreter*in des Kölner Jugendrings seinen/ihren Hauptwohnsitz haben. Entfällt diese Maßgabe, erlischt damit die Zulassung – dies ist der Geschäftsführung der Bezirksvertretung Innenstadt unmittelbar mitzuteilen.

- 1.3. Die beiden Organisationen bestimmen nach Beginn eines jeden Schuljahr jeweils aus ihrer Mitte eine*n Vertreter*in. Ein*e Ersatzvertreter*in kann bestimmt werden. Eine Geschlechterparität wird gewünscht. Die Daten der Vertreter*innen (Vorname, Name, Alter, Adresse sowie ggf. die Schulzugehörigkeit) sind durch die Organisation unmittelbar der Geschäftsführung der Bezirksvertretung Innenstadt zu übermitteln.
- 1.4. Bis zur Neubestimmung eines/einer Vertreter*in bleiben bereits zugelassene Vertreter*innen unter Maßgabe von Punkt 1.2. Teil der Bezirksvertretung Innenstadt.
- 1.5. Falls die Gemeindeordnung für sie keine Aufwandsentschädigungen (Sitzungsgeld) vorsehen sollte, werden diese entsprechend den Regularien für sachkundige Einwohner*innen in den Ausschüssen des Kölner Rates aus Mitteln des Bezirks geleistet.
2. bittet den Bezirksbürgermeister und den Geschäftsführer der Bezirksvertretung Innenstadt spätestens zur Sitzung am 24. August einen Verfahrensvorschlag der Bezirksvertretung vorzulegen, der sicherstellt, dass Sitzungen mit den entsprechenden Schutzgesetzen im Einklang stehen. So sollen sie u.a. durch Pausen getaktet werden und ihre Dauer angemessen begrenzt bleiben. Eine frühzeitige Einbindung beider Verbände in die Entwicklung ist hierbei anzustreben – zur Sitzung sind sie einzuladen.
3. **Die BV Innenstadt unterstützt die Idee mittelfristig direkt gewählte Jugendvertreter*innen aus einem einzurichtenden Jugendrat in den Bezirksvertretungen zu etablieren, wie es beispielsweise schon in Düsseldorf der Fall ist.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.7 Austausch der Toilette am Ytzak Rabin Platz, Antrag Grüne AN/0852/2023

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die öffentliche Toilette auf dem Ytzak Rabin Platz zeitnah auszutauschen.

Die Toilette befindet sich in einem Zustand der hygienisch nicht mehr haltbar ist

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.8 Autofreies Portal vor der Evangelischen Trinitatiskirche, gem. Antrag Grüne, CDU, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei AN/0864/2023

Beschluss:

Die BV Innenstadt beschließt, dass die vier Parkplätze vor der Evangelischen Trinitatiskirche entfernt werden und diese Freifläche in den Straßenraum zugunsten der Zufußgehenden integriert werden soll. Dies soll in einem Ortstermin mit der Kirchenleitung erörtert werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP.

5.2.9 Der eine Millionste Gastarbeiter erreicht Deutz, Antrag Grüne AN/0853/2023

Beschluss:

Das Foto und die Schrift auf der Gedenktafel "Der eine Millionste Gastarbeiter erreicht Deutz" am Deutzer Bahnhof zu restaurieren bzw. zu ersetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.10 Planungsvorgaben Linden- und Lützowstraße, gem. Antrag Grüne, SPD, KlimaFreunde und Die Partei AN/0865/2023

Ein Bürger berichtet von der gestrigen Demonstration einer neuen Verkehrsführung in der Lindenstraße. Anwohnerinnen und Anwohner sowie andere Initiativen beklagen die dortige Situation seit vielen Jahren und haben verschiedenste Vorschläge gemacht. Vor ca. 2 Wochen sei es zu einem tragischen Unfall gekommen, bei dem eine ortskundige Fußgängerin, die auf den Radweg getreten sei, ums Leben gekommen ist. Der neuen Mobilitätserhebung könne man die Zunahme von Fuß- und Radverkehr entnehmen. Man habe gestern die Lindenstraße ab der Roonstraße in zwei gegensätzliche Einbahnstraßen für den motorisierten Individualverkehr geteilt. Damit konnten zwei große Radwege auf die Straße gebracht werden und der Bürgersteig verbreitert werden, weil der dortige bauliche Fahrradweg nicht mehr erforderlich war. An einer Spur waren noch Parkplätze vorhanden. Dies habe dazu geführt, dass die Lindenstraße nicht als Abkürzung genutzt worden sei und man habe von Allen positive Rückmeldung erhalten. Er rät nach dieser Erfahrung den Antrag dahingehend zu ergänzen, eine Einbahnstraßenlösung zu prüfen, bei der die Lindenstraße in zwei gegensätzliche MIV-Einbahnstraßen auf Höhe der Kreuzung Roonstraße geteilt wird. An der Lindenstraße Ecke Dasselstraße werde der Radverkehr in einer Rechtskurve unter der Unterführung in einer Verengung der Straße geführt. Dort sei Tempo 50 angeordnet. Die Situation sei wirklich gefährlich, dies lasse sich nur heilen, wenn der Durchgangsverkehr und das MiV-Aufkommen reduziert würden und die Straße insgesamt beruhigt werde.

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, betont, dass die Verkehrsführung für Fuß- und Radverkehr nicht gut sei. Obwohl die Benutzungspflicht für den Radweg aufgehoben sei, werde er weiterhin genutzt, da man auf der Straße Gefahr laufe, zu eng überholt zu werden. Daher sei es wichtig, dass die Dinge entflochten werden.

Herr Polat, SPD, erklärt, dass der heutige Zustand in der Lindenstraße nicht mehr tragbar sei. Es soll ein besserer Raum für Menschen die sich mit dem Fahrrad oder zu Fuß bewegen und dann auch eine geregeltere Verkehrsführung für Autos geschaffen werden.

Frau Wienke, Die Linke, unterstützt den Antrag. Sie schlägt aufgrund der Vielzahl der bisher vorliegenden Beschlüsse noch vor der Sommerpause einen Ortstermin zu machen und danach einen Beschluss zu fassen.

Herr Vinçon, B90/Die Grünen beantragt eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke schlägt vor die noch vorliegende Wortmeldung von Herrn Leitner noch vor der Sitzungsunterbrechung zu hören.

Herr Leitner, CDU, bittet grundsätzlich die Gelegenheit sich bei Ortsterminen offen auszutauschen nicht verstreichen zu lassen. Dem vorliegenden Antrag stimme er zu.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke unterbricht die Sitzung von 18:30 Uhr bis 18:38 Uhr.

Herr Dr. Herrndorf stellt folgenden Ergänzungsantrag: „Für die Lindenstraße zwischen Roonstraße und Ring ist eine Einbahnstraßenlösung zu prüfen, bei der die Lindenstraße in zwei gegensätzliche MIV-Einbahnstraßen auf Höhe der Kreuzung Roonstraße geteilt wird.

Der Radschnellweg Köln-Frechen soll in geeigneter Weise in die Maßnahme überführt werden.“

I. Beschluss Ergänzungsantrag B90/Die Grünen:

Für die Lindenstraße zwischen Roonstraße und Ring ist eine Einbahnstraßenlösung zu prüfen, bei der die Lindenstraße in zwei gegensätzliche MIV-Einbahnstraßen auf Höhe der Kreuzung Roonstraße geteilt wird.

Der Radschnellweg Köln-Frechen soll in geeigneter Weise in die Maßnahme überführt werden.

II. Ergänzter Beschluss:

Bei der aktuellen Planung der geänderten Verkehrsführung der Lindenstraße soll als Vorzugsvariante eine MIV-Einbahnstraßenlösung geplant werden. Hierbei soll die Lützowstraße als Einbahnstraße in Gegenrichtung geplant werden.

Dabei sollen die folgenden Vorgaben umgesetzt werden:

- Die Verwaltung soll sowohl eine MIV-Einbahnstraße stadtauswärts und stadteinwärts auf der Lindenstraße mit der MIV-Einbahnstraße auf der Lützowstraße in der jeweiligen Gegenrichtung prüfen und der Bezirksvertretung eine Vorzugsvariante vorschlagen.
- Es werden beidseitig Radspuren mit 2,50 Meter Breite geplant.
- Die Gehwege werden vollständig vom ruhenden Verkehr befreit und mit Gehwegplatten anstatt des heutigen Asphaltbelags neu gestaltet.
- Parken wird auf einem Extra-Streifen angeordnet. Für das MIV-Parken sind sowohl Lade-/Lieferzonen als auch Dauerparken vorzusehen. Es sind ausreichend Radstände vorzusehen.
- Das Autoparken ist direkt an der Autofahrspur, d.h. nicht zwischen Gehweg und Radspur, anzulegen.
- Es ist zu prüfen, ob Pufferbereiche ggf. auch im Nachlauf zur Einrichtung der Maßnahme entsiegelt werden können.
- Der Busverkehr in Gegenrichtung der Einbahnstraße Lindenstraße soll in die Lützowstraße verlegt werden. Eine Bushaltestelle wird mit räumlichem Bezug zum Berufskolleg eingerichtet.
- Für die Lützowstraße soll eine analoge, die geringere Breite der Straße berücksichtigende Aufteilung entwickelt werden.

Desweiteren sollen in dem genannten Abschnitt Lindenstraße mindestens 4 Bäume bepflanzt werden. Die Standortorte sind in einem gemeinsamen Ortstermin mit dem Amt für Landschaftspflege zu eruieren.

Für die Lindenstraße zwischen Roonstraße und Ring ist eine Einbahnstraßenlösung zu prüfen, bei der die Lindenstraße in zwei gegensätzliche MIV-Einbahnstraßen auf Höhe der Kreuzung Roonstraße geteilt wird.

Der Radschnellweg Köln-Frechen soll in geeigneter Weise in die Maßnahme überführt werden.

Abstimmungen

zu I. Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

zu II. Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

5.2.11 Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag zur Mitteilung 1582/2023 "Weiteres Vorgehen Verkehrsversuch Deutzer Freiheit" AN/1144/2023

Herr Schmitz, CDU, führt aus, dass es sich bei der Mitteilung 1582/2023 offensichtlich um eine Fehlinterpretation der Verwaltung hinsichtlich des Versuchszeitraums, der bis mindestens November verlängert werden soll, handele. Sie berufe sich auf einen Beschluss der Bezirksvertretung vom 26.01.2023. In der Sitzung habe Herr Fischer, B90/Die Grünen, wie der Niederschrift zu entnehmen sei, erklärt, dass es ausdrücklich nicht um die Verlängerung des Verkehrsversuchs gehe. Er sehe daher keine Grundlage für eine Verlängerung des Verkehrsversuchs. Auch die viel zu späte Anpassung legitimiere keine Verlängerung. Es sei versäumt worden, eine zweite repräsentative Umfrage durchzuführen, diese soll lt. Fachverwaltung erst frühestens im Januar präsentiert werden können. Er bittet den Beschluss vom 02.12.2021 mit einer Dauer des Verkehrsversuchs von 12 Monaten zu bekräftigen. Danach würde der Verkehrsversuch am 10.06.2023 enden und der alte Zustand wieder herbeigeführt. Anschließend könne der Veedelsbeirat über das weitere Vorgehen beraten.

Herr Nüsser, FDP, weist darauf hin, dass der Verkehrsversuch nicht wie ursprünglich vorgeschlagen auf 6 Monate befristet, sondern auf 12 Monate durch den Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt verlängert worden sei. Es sei viel kontrovers mit allen Beteiligten diskutiert worden und mit Beschluss vom 26.01.2023 eine Angleichung versucht worden, mit dem Ziel, die drängendsten Probleme mit der Öffnung des Abschnittes 5 zu lösen. Seine damaligen Befürchtungen einer Verlängerung des Verkehrsversuchs hätten sich in der vorliegenden Mitteilung bewahrheitet. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Niederschrift vom 26.01.2023, wonach es laut Antragsteller nicht um eine Verlängerung des Verkehrsversuchs gehe, sondern darum, dass lediglich keine Interimsrückbauarbeiten erfolgen sollen. Der Verzicht auf eine zweite Befragung, werde in der Mitteilung mit der Schärfung aus dem Beschluss im Januar begründet. Dies sei nicht nachvollziehbar. Er lobt dennoch den außerordentlichen Einsatz von Herrn Babiasz, Amt für nachhaltige Mobilität. Es werde Zeit für eine Entscheidung, für weitere Befragungen bedürfe es eines politischen Beschlusses.

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, zitiert aus dem Beschluss der Bezirksvertretung am 26.01.2023: „Bis zu einem finalen Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt über die endgültige Gestaltung der Deutzer Freiheit gelten folgende Regelungen...die Abschnitte 1-3 bleiben Fußgängerzone.“ Es sei im rätselhaft, wie Bürgerinnen und Bürgern erklärt werden könne, das am 10.06.2023 alles vorbei sei. Es sei in der Verantwortung aller Mitglieder der Bezirksvertretung Beschlüsse der Bezirksvertretung wahrheitsgemäß darzustellen, auch, wenn sie der eigenen Überzeugung widersprechen. Ob und wie lange der Verkehrsversuch spalte, hänge auch daran, ob die Wahrheit an dieser Stelle gesagt werde oder nicht. Er hält eine möglichst zeitnahe Entscheidung über die Frage, was nach dem Verkehrsversuch langfristig auf der Deutzer Freiheit passiere für alle Beteiligten hilfreich. Geschäftsmodelle in den Innenstädten müssen ggf. angepasst werden, da die Anzahl der Autofahrten in der Innenstadt generell zurückgehe. Es mache ihn betroffen, dass es sehr wenig Positionierungen gegen das Verhalten der Besucher vom Veedelsbeirat gegeben habe. Er würde in dieser Situation die Stimme erheben und um einen besseren Umgang miteinander bitten.

Herr Cremer, SPD, führt aus, dass der Verkehrsversuch ordentlich beendet, evaluiert, wissenschaftlich ausgewertet und die Ergebnisse politisch besprochen werden müssten. Es werde versucht, den Status Quo des Verkehrsversuchs zu ändern. Man habe darum gerungen, dass ein Teil des Verkehrsversuchs verändert werde, dies sei nicht der Beginn gewesen den Verkehrsversuch komplett zu boykottieren, habe aber Auswirkungen auf die Ergebnisse einer Evaluation und Bewertung der Gesamtsituation. Er unterstütze daher die Auffassung der Verwaltung und lehne den Antrag ab.

Herr Schmitz, CDU, stellt klar, dass er über die Art und Weise maßlos enttäuscht sei, wie einige Politik machen. Auf die Nachfrage zum Beschlusstext sei gesagt worden, dass es nicht um eine Verlängerung des Verkehrsversuchs gehe. Er sei betroffen, wie die Gegner diffamiert würden.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke berichtet, dass er geschockt sei, dass der dem Veedelsbeirat hybrid zugeschaltete Professorin, die mit den Studenten die Umfrage gemacht habe, die wissenschaftliche Lehre aberkannt werde und derart niedergebrüllt, ausgelacht worden sei und eine Stimme „Lüge“ gesagt habe. In dieser Situation hätte er sich auch von Herrn Schmitz mäßige Worte gewünscht. Es werde immer von „wir Deutzer“ geredet, er könne aber nicht für 5.000 Menschen sprechen. Es sei nicht gut für Deutz, wenn es dort so weitergehe.

Beschluss:

In Bezug auf die Mitteilung 1582/2023 vom 24.05.23, die eine Verlängerung des Versuchszeitraums auf der Deutzer Freiheit bis zu einem geplanten Beschluss der BV in der Sitzung am 23.11.23 vorsieht, bringt die Bezirksvertretung ihren Unmut und ihr Unverständnis zum Ausdruck.

Die Bezirksvertretung Innenstadt/Deutz stellt fest, dass der Beschluss der Bezirksvertretung vom 26.01.2023 keine Grundlage für eine Verlängerung des Verkehrsversuchs darstellt und sich dies auch aus der Niederschrift vom 26.01.23 ergibt.

Die Bezirksvertretung Innenstadt/Deutz bekräftigt Ihren Beschluss vom 02.12.21, wonach der Verkehrsversuch für die Dauer von 12 Monaten angelegt wurde.

Der Verkehrsversuch ist mit Ablauf der 12 Monate, genauer am 10.06.23, beendet. Aufgrund dessen bittet die Bezirksvertretung die Verwaltung, anschließend den alten Zustand zeitnah wiederherzustellen. Das weitere Vorgehen soll in einer Sitzung des Veedelsbeirats beraten werden.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit von B90/Die Grünen, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter

6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1.1 Sachstand Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Südstadt: Eburo- nenstraße / Maternusstraße, Anfrage Grüne AN/1836/2022

6.1.1.1 Sachstand Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Südstadt: Eburo- nenstraße Maternusstraße Hier: Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen in der Sitzung der Be- zirksvertretung Innenstadt am 27.10.2022, TOP 6.2.3 1367/2023

Herr Vinçon, B90/Die Grünen ist mit der Beantwortung der Anfrage nicht zufrieden und bittet um einen Ortstermin.

6.1.2 Regeln für Gehwegbreiten, gem. Anfrage Die Linke und KlimaFreund AN/1967/2022

6.1.2.1 Regeln für Gehwegbreiten

**hier: Anfrage Die Linke und KlimaFreunde in der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt am 01.12.2022, TOP 6.2.1
0884/2023**

Frau Wienke, Die Linke, teilt mit, dass es doch keine Nachfrage zu der Beantwortung gebe.

Kenntnis genommen

**6.1.3 Ersatzfreiheitsstrafen aufgrund des Fahrens ohne Fahrscheins, Anfrage
Grüne
AN/2205/2022**

**6.1.3.1 Anfrage der Grüne Fraktion BV1, der Fraktion die Linke, Klimafreunde
und die Partei für die BV Innenstadt betreffend "Ersatzfreiheitsstrafen
aufgrund des Fahrens ohne Fahrscheins" AN/2205/2022
1701/2023**

Kenntnis genommen

**6.1.4 Veedelsblöcke für Köln - Stand der Planungen, Anfrage Grüne
AN/0153/2023**

**6.1.5 Tempo 30 wegen Lärm – Sachstand im Bezirk Innenstadt, Anfrage
B90/Die Grünen
AN/0244/2023**

**6.1.6 Evaluation der Kosten Karneval / Rund um die Zülpicher Straße / Innerer
Grüngürtel
AN/0425/2023**

**6.1.7 Anfrage Verkehrsmaßnahmen Belgisches Viertel, Anfrage B90/Die Grü-
nen
AN/0637/2023**

**6.1.8 Neue Stadtmöbel auf der Deutzer Freiheit, Anfrage CDU
AN/0663/2023**

6.2 Anfragen zu dieser Sitzung

**6.2.1 Sachstand Verkehrsberuhigung und Begrünung Kaesenstraße (Antrag
AN/0643/2021 aus 2021), Anfrage B90/Die Grünen
AN/0814/2023**

7 Mündliche Fragen an die Verwaltung

Ratsmitglied Weber, CDU, erinnert an den Beschluss der Bezirksvertretung aus der Sitzung im Januar zur Bildungslandschaft Altstadt Nord und das Hansagymnasium. Danach sollte die Bezirksvertretung einmal im Quartal über den aktuellen Stand der Arbeiten sowohl zum Gymnasium als auch zur Realschule und die Turnhalle informiert wird, dazu liege bisher keine Information vor.

Frau Wienke, Die Linke, erinnert an einen Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt, wo von Kindern vorgeschlagene Schulwegprojekte geprüft werden sollten und bittet um Sachstandsmitteilung.

8 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

9 Mitteilungen der Verwaltung

9.1 Projektfortschritt NEUmarkt – Maßnahmen zur Aufwertung des Neumarkts 1111/2023

Kenntnis genommen

9.2 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - Umwandlung der Fleischmengergasse in eine Fahrradstraße, Az.: 216/22 B 1488/2023

Kenntnis genommen

9.3 Vereinbarung über ein Pilotprojekt zur Reinigung schadstoffbelasteter Luft in Städten 0035/2023/1

Kenntnis genommen

9.4 Sachstandsmitteilung zu den von der Bezirksvertretung Innenstadt priorisierten Straßenbaumaßnahmen 1468/2023

Kenntnis genommen

9.5 Mitteilung zur Bürgereingabe "Shared Space-Fläche Rudolfplatz", AZ.: 176/22 0658/2023

Kenntnis genommen

9.6 Werkstattverfahren Neubau Büro- und Geschäftshaus Heumarkt 55/ Ecke Gürzenichstraße, Köln Innenstadt 1185/2023

Kenntnis genommen

**9.7 Sachstandsbericht
1777/2023**

Kenntnis genommen

**9.8 Weiteres Vorgehen Verkehrsversuch Deutzer Freiheit
1582/2023**

Kenntnis genommen

10 Bericht aus den Veedelsbeiräten

II. Nichtöffentlicher Teil

gez. Hupke
Vorsitz

gez. Brohl
Schriftführung